

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am Dienstag, dem 22.05.2012, im Sitzungssaal des Rathauses in Setterich

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 18.55 Uhr

Anwesend waren:

a) **stimmberechtigt:**

Backhaus, Wolfgang
Bockmühl, Gabriele
Fritsch, Dieter, als Vorsitzender
Grotenrath, Petra
Mohr, Bruno
Mürkens, Franz-Josef
Pohlen, Dr. Christina
Puhl, Mathias

b) **beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 ff. GO NW:**

Herkens, Michael

c) **sachkundige Einwohner:**

Akkas, Reyhan (ab 18.15 Uhr)
Klein, Gisela
Pfarrer Bruckes

d) **von der Verwaltung:**

Bürgermeister Dr. Linkens
StOAR Ohler
StA Engels als Schriftführer

Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 20.09.2011
2. Betreuungsangebote an den Schulen der Stadt Baesweiler
hier: Sachstandsbericht
3. Schulentwicklungsplanung (SEP) der Stadt Baesweiler
hier: Entwicklung der tatsächlichen Schülerzahlen
4. Frage der Änderung des Schulangebotes der weiterführenden Schulen in unserer Stadt auf der Basis des schulpolitischen Konsenses für Nordrhein-Westfalen
5. Bildungsmonitoring in der StädteRegion Aachen
hier: 1. Bildungsbericht für die StädteRegion Aachen
6. Sicherung des Grundschulstandortes Loverich
7. Mitteilungen der Verwaltung
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nichtöffentlichen Sitzung:

9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 10.05.2012, auf Dienstag, den 22.05.2012, unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung einberufen worden.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden, insbesondere Herrn Schulrat Funk. Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß eingeladen und der Ausschuss war mit der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tagesordnungspunkt 6, Sicherung des Grundschulstandortes Loverich, wurde vorgezogen und unter Tagesordnungspunkt 1a behandelt.

A) Öffentliche Sitzung**1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 20.09.2011**

Einstimmig genehmigte der Schulausschuss die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 20.09.2011.

1 a Sicherung des Grundschulstandortes Loverich

Dr. Linkens dankte Herrn Schulrat Funk für die Teilnahme an der Sitzung des Schulausschusses. Man habe sehr intensiv die Thematik zum Erhalt der Grundschule Loverich sowohl mit Herrn Schulrat Funk als auch mit der Sprecherin der Schulkonferenz, Frau Klein, diskutiert. Gerade Frau Klein habe aus ihren Erfahrungen aus der Zusammenlegung der GGS Grengracht und der KGS Beggen-dorf berichten können. Sie habe bewiesen, dass die Zusammenführung zweier Grundschulen nicht nur technisch, sondern insbesondere auch menschlich, möglich sei.

Seit Jahrzehnten liege es im Interesse von Rat und Verwaltung die Grundschulen, insbesondere in den kleinen Ortsteilen, zu erhalten. Dies sei bisher auch immer gelungen, auch wenn hohe Schülerzahlen notwendig gewesen seien. Hierfür habe man die kleinen Stadtteile durch die Einrichtung von Kindertagesstätten oder Ausweisung von Baugebieten gestärkt. Nunmehr liege eine klare gesetzliche Regelung vor, die besage, dass der Erhalt als eigenständige Grundschule nur dann möglich sei, wenn mindestens 92 Schülerinnen und Schüler die Schule besuchen. Zur Bildung eines Teilstandortes seien mindestens 46 Schülerinnen und Schüler notwendig. Im Folgenden stellte Dr. Linkens die voraussichtlichen Schülerzahlen an der KGS Loverich bis einschließlich zum Jahr 2015 vor. Selbst bei der Berücksichtigung des bereits in Loverich neu erschlossenen Baugebietes bzw. des in Puffendorf noch zu erschließenden Baugebietes sei man mit den voraussichtlichen Schülerzahlen von der notwendigen Größenordnung von 92 Schülerinnen und Schülern weit entfernt, um die KGS Loverich als eigenständige Grundschule erhalten zu können.

Aufgrund der nunmehr bestehenden gesetzlichen Regelungen und den dargelegten Gründen, so Dr. Linkens, sei die Verwaltung gezwungen, dem Ausschuss die Bildung eines Teilstandortes vorzuschlagen. Wichtig sei festzuhalten, dass die Kinder aus Loverich, Floverich und Puffendorf weiterhin am Standort Loverich unterrichtet werden können. Darüber hinaus sei es wichtig, dass der Bekenntnischarakter erhalten bliebe.

Mit Herrn Schulrat Funk sei seitens der Verwaltung erörtert worden, dass die Andreasschule die richtige Schule zur Anbindung der KGS Loverich als Teilstandort sei. Rechtlich habe man hinsichtlich des Erhaltes der Grundschule Loverich keine andere Möglichkeit.

Bezug nehmend auf die Vorlage teilte er mit, dass das Verfahren zum Erhalt der Grundschule Loverich als Teilstandort identisch zum Verfahren der ehemaligen KGS Beggendorf sei.

Er stellte nochmals ausdrücklich fest, dass es Wunsch der Verwaltung sei, dass die wichtige Einrichtung "Grundschule" für den Ort Loverich erhalten bleibe.

Herr Schulrat Funk bestätigte im Folgenden, dass viele und intensive Gespräche geführt worden seien. Baesweiler habe bereits positive Erfahrungen mit dem anstehenden Schritt zur Bildung eines Grundschul-Teilstandortes gemacht.

Die von Dr. Linkens dargestellte rechtliche Seite sei ein wesentlicher Punkt. Ein weiterer Punkt sei das notwendige perspektivische Denken der Schulaufsicht. Diese müsse eine gute Personalausstattung einer Schule im Blick haben, welche nur ab einer bestimmten Schulgröße und einer damit verbundenen Klassengröße von mindestens 23 Schülerinnen und Schülern pro Klasse möglich sei. Grundsätzlich sei festzuhalten, dass eine gute Personalregelung von Schulen in einem größeren Verbund einfacher, sinnvoller und wirtschaftlicher sei, als an einem sehr kleinen selbstständigen Grundschulstandort.

Ein weiterer Grund sehr frühzeitig an die Stadt Baesweiler heranzutreten sei gewesen, dass sich in absehbarer Zeit auch Änderungen in den Leitungen der in Rede stehenden Grundschulen ergeben werden. So sei derzeit die Schulleiterstelle an der GGS St. Andreas ausgeschrieben und auch an der KGS Loverich würden sich in den nächsten Jahren Veränderungen ergeben. Es sei sicherlich nicht sinnvoll, den Standort Loverich als eigenständigen Schulstandort erhalten zu wollen und für diese Schule eine Schulleiterstelle in dem Wissen auszuschreiben, dass diese Stelle nur für eine kurze Zeit besetzt werden könne.

Aus den dargelegten Gründen sei der Schulaufsicht sehr daran gelegen, eine frühstmögliche Entscheidung durch den zuständigen Schulausschuss herbeizuführen, damit insbesondere für die Eltern der betroffenen Kinder Sicherheit hinsichtlich des Schulstandortes gegeben sei.

Zusammenfassend stellte er fest, dass aus kommunaler Sicht die Erhaltung des Grundschulstandortes Loverich sehr wichtig sei, aus schulfachlicher Sicht gebe es im Rahmen der Stellenbewirtschaftung eine größere und bessere Möglichkeit, beide Standorte in einem geschlossenen System zu versorgen und Unterricht sicherzustellen.

Frau Klein erinnerte an die Ängste der Eltern und Kinder im Zusammenhang mit der Teilstandortbildung der KGS Beggendorf. Diese Ängste seien nun nicht mehr vorhanden.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Bockmühl fest, dass ihre Fraktion sich weiterhin dafür einsetzen werde, die Grundschulen in den kleineren Ortsteilen zu erhalten. Dennoch empfinde sie es als befremdlich, dass man im Schulausschuss vom 20.09.2011 im nicht öffentlichen Teil auf Anfrage des Ausschussvorsitzenden keinen Handlungsbedarf gesehen habe, nun aber bereits seit

mehreren Wochen Gerüchte verbreitet worden seien. Am Tage der Sitzung habe es bereits einen Zeitungsartikel bezüglich einer Teilstandortlösung für den Grundschulstandort gegeben. Nunmehr könne der Schulausschuss und der Stadtrat die vorbereitete Entscheidung nur noch "abnicken".

Herr Dr. Linkens erwiderte, dass die Presse mit Zusendung der Vorlagen zu dem öffentlichen Teil zu den Sitzungen der Ausschüsse eingeladen würde. Es sei ein verfassungsmäßiges Recht der Presse über die bevorstehenden Sitzungen der Ausschüsse zu berichten. Man habe immer versucht, die Grundschulstandorte in den kleinen Ortsteilen zu erhalten. Dies sei in den letzten Jahren auch immer gelungen. Bezüglich des Zeitpunktes der vorgeschlagenen Entscheidung befinde man sich 1 Jahr vor Wirksamwerden der heute zu treffenden Entscheidung. Dies sei durchaus ausreichend, um entsprechende Vorbereitungen treffen zu können, aber nicht zu weit entfernt, um belegbare Zahlen für die Richtigkeit dieser Entscheidung vorlegen zu können.

Für die CDU-Fraktion teilte Herr Puhl mit, dass das Vorgehen der Verwaltung ausdrücklich begrüßt werde. Im Gegensatz zur SPD-Fraktion halte man es für sehr gut, die entsprechende Entscheidung vorzubereiten, alle maßgebenden Personen im Vorfeld zu beteiligen und somit verständliche Ängste bei Eltern und Kindern zu vermeiden. Seit über 30 Jahren kämpfe Baesweiler für den Erhalt der Grundschulen in den kleinen Ortsteilen. Sie seien ein wichtiger Teil des Dorflebens, welcher unbedingt erhalten bleiben müsse. Dieses weitsichtige Vorgehen der Verwaltung müsse unbedingt von politischer Seite unterstützt werden.

Frau Bockmühl hielt für die SPD-Fraktion nochmals ausdrücklich fest, dass sie mit ihren Ausführungen die Pressefreiheit in keinsten Weise habe einschränken wollen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragte Ausschussmitglied Backhaus, wann die Änderung der Mindestschülerzahlen zum Erhalt einer eigenständigen Grundschule vom Landtag beschlossen worden sei.

Herr Schulrat Funk erläuterte, dass die dargestellten Regelungen Teil des Grundschulkonsenses der politischen Parteien im Landtag seien. Zwar seien die Regelungen vom Landtag noch nicht verabschiedet, lägen aber weitestgehend beschlussfertig vor. Das Konzept enthalte klare Vorgaben, beispielsweise zu Klassen- und Schulgrößen. Entgegen der sonstigen Vorgehensweise wurde der Gesetzesentwurf im Vorfeld mit dem Städte- und Gemeindebund abgestimmt. Den Kommunen sei der Konsens somit bereits vor der Schulaufsicht bekannt gewesen. Man müsse schlussendlich von einer Verabschiedung ausgehen, da in diesem Konzept maximaler Konsens beinhaltet sei. Die Schulträger bekämen mit diesem Konzept klare Vorgaben, was absolut positiv zu bewerten sei. Seitens der Schulaufsicht gehe man fest davon aus, dass dieses Grundschulkonzept vom Landtag verabschiedet werde.

Abschließend stellte Ausschussmitglied Backhaus fest, dass man bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Meinung sei, dass zum wiederholten Male der Schulausschuss bei einer Entscheidung vor vollendete Tatsachen gestellt werde und man nicht erkennen könne, was seitens des Ausschusses noch entschieden werden könne.

Dr. Linkens erwiderte, dass es dem Ausschuss vorbehalten sei, den Beschlussvorschlag zu beraten und anders zu entscheiden.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Stadtrat bei einer Enthaltung aus den dargelegten Gründen zu beschließen:

- a) Die KGS Loverich wird mit Ende des Schuljahres 2012/2013 (31.07.2013) aufgelöst.
- b) Die GGS St. Andreas Setterich wird mit Beginn des Schuljahres 2013/2014 (01.08.2013) um einen weiteren Zug, von zwei auf drei Züge, ausgebaut.
- c) Dieser zusätzliche Zug bildet ab dem Schuljahr 2013/2014 einen Teilstandort der GGS St. Andreas Setterich im Ortsteil Loverich im Schulgebäude der jetzigen KGS Loverich.
- d) Die neu gebildete Schule führt ab dem Schuljahr 2013/2014 den Schulnamen:

**Gemeinschaftsgrundschule St. Andreas Setterich -
mit katholischem Teilstandort Loverich.**

**2. Betreuungsangebote an den Schulen der Stadt Baesweiler
hier: Sachstandsbericht**

Herr Stadtoberamtsrat Ohler stellte fest, dass der Ausschuss alljährlich in der Frühjahrssitzung über die Betreuungsangebote und deren Wahrnehmung durch die Kinder informiert würden. Weiterhin nähmen viele Baesweiler Schulkinder die verschiedenen angebotenen Betreuungsformen in Anspruch. Bezug nehmend auf die Mensen in den weiterführenden Schulen stellte er fest, dass neben den in der Vorlage erwähnten Mensen im Gymnasium und der Realschule auch in der Goetheschule eine Mensa betrieben werde. Die Mensen im Gymnasium und in der Realschule werden durch einen Catering-Service betrieben, welche auch einen Kioskverkauf anbieten würde. Der Betrieb der Mensa in der Goetheschule werde über das Programm "Geld oder Stelle" unterstützt. Dort würden vor Ort kleine Mahlzeiten zubereitet.

Die offenen Ganztagsgrundschulen würden durch einen einheitlichen Catering-Service für das Mittagessen beliefert, was auch für die Friedensschule gelte, die eine Betreuung im Rahmen des Programms 13+ anbiete. Einzige Ausnahme stelle hier die KGS Loverich dar. Hier bringen die Kinder sich selbst eine Mahlzeit von zu Hause zum Verzehr mit. Es bestehe die Möglichkeit, Speisen zu erwärmen.

Somit gäbe es in allen Schulen im Rahmen der Ganztagsbetreuung die Möglichkeit, eine warme Mahlzeit einzunehmen.

Ausschussmitglied Bockmühl bat für die SPD-Fraktion das Wort "zustimmend" aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Bezug nehmend auf die Vorlage erwiderte Dr. Linkens, dass die Verwaltung davon ausgehe, den Betreuungsbedarf weiterhin in enger Abstimmung mit den jeweiligen Schulleiterinnen und Schulleitern zu überprüfen und diesen gegebenenfalls anzupassen. Hierfür benötige man auch die Unterstützung des Schulausschusses. Darüber hinaus sei eine zustimmende Kenntnisnahme auch eine Anerkennung für die geleistete Arbeit des Vereins zur Betreuung der Baesweiler Grundschulkindergarten e. V.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung bei zwei Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis und unterstützt eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Betreuungsprogrammes an den Schulen im Stadtgebiet Baesweiler.

3. Schulentwicklungsplanung (SEP) der Stadt Baesweiler hier: Entwicklung der tatsächlichen Schülerzahlen

Bezug nehmend auf die Vorlage teilte Herr Dr. Linkens mit, dass die Verwaltung bewusst eine sehr detaillierte Darstellung der aktuellen Schülerzahlen bzw. Anmeldezahlen vorgenommen habe. Eine stetige Aktualisierung sei unbedingt erforderlich, da es kaum möglich sei, eine genaue Prognose über einen Zeitraum von fünf Jahren zu erstellen. Anhand der dargestellten Zahlen, so Dr. Linkens, könne festgestellt werden, dass auch Baesweiler einer demographischen Entwicklung unterliege. Selbstverständlich sei man nicht glücklich über die Auspendlerzahlen zu Schulen außerhalb des Stadtgebietes Baesweiler. Hier sei insbesondere die Auspendlerzahl zu den Gesamtschulen nach Alsdorf und nach Übach-Palenberg zu diskutieren. Ganz bewusst habe man in diesem Zusammenhang dargestellt, welche Schulformempfehlungen die Schülerinnen und Schüler haben, die die Gesamtschulen in Alsdorf und Übach-Palenberg im Übergang zu Klasse 5 besuchen werden.

Für die SPD-Fraktion teilte Frau Bockmühl mit, dass der Tagesordnungspunkt 3 ganz eng im Zusammenhang mit den Tagesordnungspunkten 4 und 5 zu sehen sei. Sie richtete an Herrn Ohler die Frage, wie die Gesamtauspendlerzahlen aussehen. Diese sind als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

Darüber hinaus beantragte sie das Wort "zustimmend" aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Bezug nehmend auf die Tabelle der Anmeldezahlen der Primarstufen und der Sekundarstufe I für das Schuljahr 2012/2013 (Seite 2 der Vorlage) fragte Herr Backhaus für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wie viele Integrationsschüler in den derzeitigen Anmeldungen von 29 Schülerinnen und Schülern an der Goetheschule enthalten seien.

Herr Stadtoberamtsrat Ohler erwiderte, dass dies nach seinem derzeitigen Kenntnisstand sechs oder sieben Schülerinnen und Schüler seien. Darüber hinaus teilte Herr Ohler den Ausschussmitgliedern mit, dass gerade diese Zahl an der Goetheschule, wie auf Seite 3 der Vorlage ausdrücklich dargelegt, sich erfahrungsgemäß noch ändern könne. Hier könne man mit Anmeldungen bis in die erste Ferienwoche hinein rechnen.

Zusammenfassend stellte Herr Backhaus für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest, dass insbesondere die Anmeldezahl an der Goetheschule in Zusammenhang mit den Auspendlerzahlen zu den Gesamtschulen nach Übach-Palenberg und Alsdorf, als sehr kritisch zu sehen sei.

Der seitens der SPD-Fraktion beantragte, geänderte Beschlussvorschlag wurde zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

4. Frage der Änderung des Schulangebotes der weiterführenden Schulen in unserer Stadt auf der Basis des schulpolitischen Konsenses für Nordrhein-Westfalen

Bezug nehmend auf die Vorlage informierte Dr. Linkens den Ausschuss, dass der schulpolitische Konsens mit großer Mehrheit der politischen Parteien im Landtag getragen wurde. Wichtig sei gewesen, dass man rechtliche Klarheiten und Ausführungsbestimmungen abgewartet habe. So werde es zum Schuljahr 2012/2013, wie im Schulkonsens festgehalten, die neue Schulform der Sekundarschule geben. Mit einer Beteiligung an dem seinerzeit möglichen Schulversuch einer Gemeinschaftsschule habe man andererseits heute eine nicht mehr aktuelle Schulform eingeführt.

Entsprechende Ausführungsbestimmungen für die Errichtung einer Sekundarschule zum neuen Schuljahr seien nunmehr zwar fast vollständig vorhanden, jedoch gebe es selbstverständlich noch keine Erfahrungen aus der Praxis. Daher schlage man, wie aus dem Beschlussvorschlag zu ersehen, seitens der Verwaltung vor, zunächst die betroffenen Eltern der Grundschul Kinder sowie der Kindergarten Kinder umfassend zu informieren. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass die Verwaltung bereits in der Ausgabe des Stadtinfos vom 20.03.2012 interessierte Bürgerinnen und Bürger über die neue Schulform "Sekundarschule" umfassend informiert habe.

Grundsätzlich stehe man, wie bereits in der Sitzung vom 20.09.2011 besprochen, vor der Entscheidung, wie das weitere Verfahren durchgeführt werde. Das Gymnasium sei nicht mehr Bestandteil dieser Diskussion, jedoch bliebe zu entscheiden, ob man bei einer Realschule und einer Hauptschule bleibe oder diese beiden Schulen zu einer Sekundarschule zusammenführe. Festzuhalten bleibe, dass die Schülerinnen und Schüler, die derzeit die Realschule bzw. die Goetheschule besuchen, den von ihnen gewählten Abschluss machen werden (Bestandsschutz). Seitens der Bezirksregierung habe man die Zusage, dass diese die Hauptschule in Baesweiler mittragen werde, da die Bezirksregierung

erkannt habe, dass es insbesondere in Baesweiler eine individuelle Ausbildung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler an der Goetheschule gebe.

Die weitere Möglichkeit der Einrichtung einer Gesamtschule in Baesweiler werde seitens der Bezirksregierung, wie auf Seite 2 der Vorlage dargestellt, verneint. Der Grund hierfür liege darin, dass eine Gesamtschule eine eigene Oberstufe mit mindestens 42 Schülerinnen und Schülern einrichten müsse. Aufgrund der demographischen Entwicklung in Baesweiler werde diese Zahl, ohne die gymnasiale Oberstufe am Gymnasium zu gefährden, nicht erreicht werden können.

Dr. Linkens dankte den Schulleitern und Lehrerinnen und Lehrern an der Realschule und Hauptschule für ihre geleistete und engagierte Arbeit.

Frau Bockmühl begrüßte für die SPD-Fraktion die von der Verwaltung angedachte Vorgehensweise. Sie regte an, bei Durchführung des Beratungsangebotes für die Eltern einen Vertreter der Bezirksregierung einzuladen. Hervorzuheben sei, so Frau Bockmühl, dass unabhängig von der Entscheidung des Schulausschusses ausschließlich der Elternwille zähle. Sie bat die Verwaltung, den für die Befragung der Eltern zu erstellenden Fragebogen dem Ausschuss vorab vorzustellen.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Linkens stellte Herr Puhl für die CDU-Fraktion fest, dass die Schülerzahlen an der Goetheschule stark rückläufig seien. Anhand der Tabelle auf Seite 4 der Vorlage zum Tagesordnungspunkt 3 könne man den Tatbestand festhalten, dass die Eltern weg von der Hauptschule zur Gesamtschule ausweichen würden. Es sei korrekt, dass der Elternwille zähle. Diesen wolle und könne man nicht beeinflussen. Die Politik könne lediglich versuchen, Möglichkeiten zu bieten, oder den Eltern sinnvolle Wege aufzuzeigen. Die CDU-Fraktion erachte die angedachte Vorgehensweise der Verwaltung für sehr sinnvoll, Erfahrungen abzuwarten und diese Erfahrungen mit den Eltern auszutauschen bzw. in die Befragung mit einfließen zu lassen. Seitens der CDU-Fraktion sehe man als Alternative zu dem jetzigen Zustand derzeit nur die Möglichkeit eine Sekundarschule einzurichten, da die Einrichtung einer eigenen Gesamtschule in Baesweiler nicht möglich sein werde. Doch auch bei Einrichtung einer Sekundarschule, so die Überzeugung der CDU-Fraktion, werden weiterhin Eltern ihre Kinder an einer Gesamtschule in Alsdorf oder Übach-Palenberg anmelden. Zusammenfassend stellte er fest, dass man zunächst erste Erfahrungen abwarten solle. Wichtig sei, eine möglichst langfristige, sinnvolle und möglichst für alle Schülerinnen und Schüler ideale Lösung herbeizuführen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte Herr Backhaus fest, dass die Einrichtung einer Gesamtschule anhand der Schülerzahlen durchaus möglich wäre und fragte, auf welcher Basis die Bezirksregierung die Genehmigungsfähigkeit einer Gesamtschule für Baesweiler verneint hätte.

Dr. Linkens erwiderte, dass selbst wenn eine ausreichende Anzahl von Schülerinnen und Schülern zur Einrichtung einer Gesamtschule vorhanden sei, die notwendige Mindestschülerzahlen von 42 Schülerinnen und Schülern für die eigene Oberstufe an der Gesamtschule nicht erreicht werden könnten.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Informationsveranstaltung sowie die anschließende Befragung der Eltern durchzuführen.

**5. Bildungsmonitoring in der StädteRegion Aachen
hier: 1. Bildungsbericht für die StädteRegion Aachen**

Der Ausschussvorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Thorsten Müller vom Bildungsbüro der StädteRegion Aachen.

Herr Stadtoberamtsrat Ohler dankte Herrn Müller und Frau Kriele für die Erstellung des 1. Bildungsberichtes für die StädteRegion Aachen. Er stellte fest, dass bereits aus der Vorlage zu entnehmen sei, dass es sich ausschließlich um eine Berichterstattung, also um eine Darstellung des Ist-Zustandes handele, aber keine Handlungsempfehlungen oder -bewertungen abgegeben worden seien.

Herr Müller vom Bildungsbüro der StädteRegion Aachen erläuterte, dass man im Jahre 2010 in Zusammenarbeit mit allen städteregionsangehörigen Kommunen begonnen habe, den Bildungsbericht zu erstellen. Man habe versucht, den Lebenslauf im Bericht abzubilden, jedoch habe man es zeitlich nicht geschafft, den Weiterbildungsbereich aufzunehmen. Diesen Bereich habe man aber für die anstehende Fortschreibung ins Auge gefasst. Dies sei jedoch nicht maßgebend, so Herr Müller, da Sinn des 1. Bildungsberichtes sein sollte, ein Ergebnis im Laufe einer fortgeschriebenen Bildungsberichterstattung zu sein.

Für die SPD-Fraktion dankte Frau Bockmühl Herrn Müller und Frau Kriele für die Erstellung des 1. Bildungsberichtes. Sie stellte fest, dass der Bericht eine gute Datengrundlage für die Diskussionen in den einzelnen Fachausschüssen sei.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und den 1. Bildungsbericht für die StädteRegion Aachen zur Kenntnis.

7. Mitteilungen der Verwaltung

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen von Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

**Anlage zu TOP 3 zur Niederschrift über die Sitzung des
Schulausschusses vom 22.05.2012**

Nachfolgend wird die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler dargestellt, die in Baesweiler wohnen, aber in Schulen außerhalb des Stadtgebietes beschult werden (Auspendler):

Aufnehmende Schule	Schülerzahl
Gymnasium Haus Overbach	11
Mädchengymnasium Jülich	1
Willy-Brandt-Gesamtschule Übach-Palenberg	179
HGG Broichweiden	103
Gustav-Heinemann-Gesamtschule, Alsdorf	207
St. Ursula Gymnasium Geilenkirchen	50
Real- und Aufbaurealschule Alsdorf-Ofden	8
Marienrealschule Alsdorf	1
Gemeinschaftshauptschule Übach-Palenberg	6
Realschule Übach-Palenberg	9
Gesamtzahl	575